

**Richtlinie zum
Förderprogramm Klimafreundlich Wohnen
der Stadt Freiburg im Breisgau**

Baustein 3: Stromerzeugung erneuerbar

A. Allgemeine Grundsätze	2
1. Zweck der Förderung	2
2. Was und wie viel wird gefördert?	2
3. Wer kann eine Förderung erhalten? (Antragsberechtigung)	2
4. Wie wird ein Antrag gestellt? (Fristen und Verfahren)	3
5. Förderhöchstgrenzen	3
6. Allgemeine Anforderungen	3
7. Widerrufsmöglichkeiten	4
8. Datenschutz und Nutzung der Ergebnisse	4
9. Hinweise zum Steuerrecht	5
10. Inkrafttreten	5
B. Fördertatbestände Stromerzeugung erneuerbar	6
3.1 Kostenlose Einstiegsberatung	6
3.2 Steuerberatung Photovoltaik	6
3.3 Batteriespeicher für Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen)	6
3.4 Photovoltaik Dachvollbelegung	7
3.5 Innovationsbonus	7
3.6 Balkonmodule	8

A. Allgemeine Grundsätze

1. Zweck der Förderung

Die Stadt Freiburg gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie Fördermittel für überwiegend zu Wohnzwecken genutzte Gebäude, die im Stadtgebiet der Stadt Freiburg liegen.

Förderzweck ist die nachhaltige Einsparung von Heizenergie und damit die Minderung des Heizenergieverbrauchs im Altbaubestand der Stadt Freiburg sowie die Förderung von erneuerbarer Stromerzeugung durch Photovoltaik-Anlagen sowohl im Altbaubestand als auch bei Neubauten. Hiermit wird ein entscheidender Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Emissionen in Freiburg geleistet. Weiterhin soll auch das lokale Bauhandwerk unterstützt werden.

2. Was und wie viel wird gefördert?

Die Fördermittel für Energiesparmaßnahmen an Gebäuden beziehen sich auf das Gebiet der Stadt Freiburg.

Förderfähig sind Maßnahmen in folgenden drei Themenfeldern:

1. Gebäudehülle optimal gedämmt
2. Heizung und Lüftung effizient, erneuerbar
3. Stromerzeugung erneuerbar

Nähere Einzelheiten zu Förderbedingungen und Höhe der Förderung zum Themenfeld 3 „Stromerzeugung effizient, erneuerbar“ sind in Abschnitt B dieser Richtlinie festgelegt. Die beiden anderen Themenfelder sind in gesonderten Richtlinien geregelt.

3. Wer kann eine Förderung erhalten? (Antragsberechtigung)

Antragsberechtigt sind natürliche und juristische Personen des privaten Rechts, die Hauseigentümer, deren Vertretungsberechtigte oder Mieter sind und eine Energiesparmaßnahme im Sinne des Förderprogramms im Stadtgebiet Freiburg realisieren wollen. Das Gebäude muss ein überwiegend zu Wohnzwecken genutztes Gebäudes im Stadtgebiet von Freiburg sein. Gebäude, die nur zum Teil für Wohnzwecke genutzt werden, werden nur entsprechend ihres Wohnflächenanteils gefördert. Falls dieser weniger als 50 % der gesamten Nutzfläche ausmacht, wird das Gebäude nicht gefördert. Gefördert werden im Themenbereich Stromerzeugung effizient, erneuerbar die in Abschnitt B beschriebenen Maßnahmen sowohl für bestehende Gebäude als auch für Neubauten.

4. Wie wird ein Antrag gestellt? (Fristen und Verfahren)

Fristen

Bei allen Bausteinen des **Themenbereichs Stromerzeugung effizient, erneuerbar** erfolgt die Antragstellung **spätestens 6 Monate nach Durchführung der Maßnahme**. Hierbei wird das Datum der Schlussrechnung herangezogen.

Antrags- und Bewilligungsverfahren

Anträge zur Förderung der genannten Maßnahmen sind auf den entsprechenden Formblättern beim Umweltschutzamt der Stadt Freiburg einzureichen. Die Stadt kann eine andere Stelle mit der Aufgabenwahrnehmung beauftragen. Eine solche Beauftragung soll öffentlich bekannt gemacht werden.

Anträge werden erst bearbeitet, wenn alle Angaben und Anlagen vorliegen. Anträge die unvollständig sind oder sonstige Mängel aufweisen werden nur unter dem Vorbehalt der Ergänzung und Überarbeitung entgegengenommen. Wenn sie danach innerhalb von drei Monaten nach Antragseingang nicht vollständig und nicht mängelfrei sind, werden die Anträge unbearbeitet zurückgegeben.

Die gewährten Fördermittel werden nach Vorlage der erforderlichen Verwendungsnachweise ausbezahlt. Einzelheiten sind in Abschnitt B dieser Richtlinie festgelegt. Eine nachträgliche Erhöhung der bewilligten Fördermittel ist nicht möglich.

Die Stadt Freiburg oder die von ihr beauftragte Stelle sind berechtigt einen Ortstermin zur Überprüfung der Angaben des Antragsstellers vorzunehmen.

Verwendungsnachweise/Auszahlungsantrag

Die Verwendung der Zuschüsse ist durch die Vorlage der Rechnungsbelege des ausführenden Fachbetriebs nachzuweisen. Der Verwendungsnachweis ist bei der Antragstellung mit einzureichen. Die hierzu erforderlichen Unterlagen sind den jeweiligen Antragsformularen zu entnehmen. Aus den Nachweisen müssen die geförderten technischen Ausführungen sowie die Nebenbedingungen gemäß dieser Richtlinie hervorgehen

5. Förderhöchstgrenzen

Ein Antragssteller kann mehrere Anträge stellen. Pro Antragsteller können jährlich maximal 25.000 € Fördermittel aus diesem Förderprogramm bewilligt werden. Die Mindestförderung beträgt 200 €. Weitere Förderhöchst- und Mindestgrenzen sind in Abschnitt B dieser Richtlinie geregelt.

6. Allgemeine Anforderungen

Alle Vorhaben müssen von Fachbetrieben ausgeführt werden. In Eigenleistung durchgeführte Maßnahmen können nicht gefördert werden.

Die bei den jeweiligen Maßnahmen verwendeten Bauteile müssen marktreif sein.

Bei Gebäuden, die als Kulturdenkmal im Sinne des Denkmalschutzgesetzes eingestuft sind, ist der Nachweis einer denkmalschutzrechtlichen Genehmigung bei Antragsstellung zu erbringen.

Soweit diese Richtlinie Rechtsfolgen an die Einhaltung von Standards der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) oder der Bundesanstalt für Wirtschaft- und Ausfuhrkontrolle (BAFA) knüpft, ist der KfW-Standard bzw. die BAFA-Richtlinie zum Zeitpunkt der Antragstellung für die geförderte Maßnahme maßgeblich. Soweit Rechtsfolgen an Vorgaben der EnEV geknüpft werden, ist die Fassung der EnEV zum Zeitpunkt der Ausführung der geförderten Maßnahme maßgeblich.

Der Antragsteller ist verpflichtet, Beauftragten der Stadt zu ermöglichen, die ordnungsgemäße Ausführung vor Ort zu überprüfen.

Die Kommunalfördermittel können mit anderen Fördermitteln kumuliert werden soweit dies nicht von anderen Fördergebern ausgeschlossen oder eingeschränkt wird. Die Förderbausteine 3.2 bis 3.5 sind miteinander kombinierbar. Der Förderbaustein 3.1 kann mit jedem anderen Baustein kombiniert werden.

7. Widerrufsmöglichkeiten

Die Stadt Freiburg fördert Projekte, solange Fördermittel im Haushalt zur Verfügung stehen. Ein Rechtsanspruch auf Bewilligung besteht nicht.

Die bewilligte Förderung kann ganz oder teilweise widerrufen werden, wenn die Maßnahmen nicht entsprechend den Anforderungen ausgeführt worden sind, der Antragsteller die erforderlichen Nachweise innerhalb der Frist nicht vorlegt oder der Zuschuss aufgrund unvollständiger oder unrichtiger Angaben gewährt wurde.

Bei einer Förderungsbewilligung aufgrund unrichtiger Angaben werden die Antragsteller außerdem zur Erstattung anfallender Kosten wie z.B. die Kosten der Antragsbearbeitung, die Kosten der Überprüfung durch eigenes Personal oder durch Dritte oder die für eine Ortsbegehung entstandenen Fahrtkosten herangezogen. Rückforderungen und Verzinsungen erfolgen nach Maßgabe des § 49a Landesverwaltungsverfahrensgesetzes. Für den Widerruf können Gebühren nach der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt erhoben werden.

8. Datenschutz und Nutzung der Ergebnisse

Die Interessen der Antragsteller am Schutz persönlicher Daten werden von der Stadt Freiburg gewahrt. Daten über energetische Sanierungsvorhaben werden in anonymisierter Form für die Öffentlichkeit verwendet. Die Stadt Freiburg ist berechtigt, Ergebnisse aus den geförderten Maßnahmen kostenlos für eigene Zwecke zu nutzen. Sofern eine geförderte Maßnahme eine besondere Bedeutung für die Stadt Freiburg hat, ist sie nach

Zustimmung durch den Zuwendungsempfänger berechtigt, über diese Maßnahme auch mit Namensnennung und Bild zu berichten.

9. Hinweise zum Steuerrecht

Arbeitskosten für Investitionsmaßnahmen, die mit einem Zuschuss durch dieses Programm finanziert werden, können nicht mehr im Rahmen der Einkommensteuererklärung gemäß § 35 a EStG steuermindernd geltend gemacht werden.

Die Finanzbehörde erhält Nachricht über die Zuschusszahlung bei Beträgen von mehr als 1.500 €, da die Stadt Freiburg gemäß der Mitteilungsverordnung dazu verpflichtet ist. Fragen hierzu sind mit der Finanzbehörde zu klären.

10. Inkrafttreten

Die Richtlinie gilt mit Wirkung ab dem 01.09.2019

B. Fördertatbestände Stromerzeugung erneuerbar

3.1 Kostenlose Einstiegsberatung

Die Stadt Freiburg bietet kostenlose, unabhängige Beratungen für Photovoltaik-Interessierte. Diese werden von Freiburger Photovoltaik-Experten und Expertinnen durchgeführt und beinhalten individuell über wirtschaftliche und technische Beratungen zu geplanten Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen). Sie haben die Wahl zwischen einer Beratung im Beratungsbüro oder einer Beratung bei Ihnen zu Hause vor Ort.

Die Anmeldung zu dieser kostenlosen Leistung erfolgt online www.freiburg.de/pv

3.2 Steuerberatung Photovoltaik

Die erste Steuererklärung nach der Inbetriebnahme einer PV-Anlage wird von der Stadt unterstützt. Gefördert wird die Beratung einer/eines Steuerberater/-in, die/der von einer Steuerberaterkammer zugelassen ist.

Verwendungsnachweis

Als Verwendungsnachweis müssen zusammen mit dem Antrag folgende Unterlagen beim Umweltschutzamt spätestens 6 Monate nach erfolgter Beratungsleistung eingereicht werden:

- Kopie der **Installationsrechnung** der PV-Anlage
- Kopie der **Rechnung des Steuerberaters**

Zuschusshöhe

Pauschal 500 € pro neu zugelassener PV-Anlage.

Für Wohnungseigentümergeinschaften 1.500 € pro Anlage, wobei eine Beratung des Verwalters oder Beirats mit eingeschlossen sein soll.

3.3 Batteriespeicher für Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen)

Um die Wirtschaftlichkeit von PV-Anlagen mit Stromspeichern zu verbessern, werden Batteriespeichersysteme bei der **erstmaligen Errichtung** von PV-Anlagen gefördert.

Voraussetzungen

Die Förderung wird nur bis zu der Höhe gewährt, bei der das Verhältnis von Photovoltaik-Anlagengröße zur nutzbaren Speicherkapazität mindestens 1,2:1 beträgt. Pro Kilowattstunde des Batteriespeichers sind somit mindestens 1,2 Kilowattpeak der neu errichteten Anlage notwendig. Die das Verhältnis übersteigende Speicherkapazität ist nicht förderfähig, die Förderhöhe wird ggf. anteilig reduziert. Es werden nur Lithium-Batterien gefördert.

Zuschusshöhe

Zuschuss Batteriespeicher: 150 €/kWh nutzbare Speicherkapazität Batterie. Die maximale Förderhöhe beträgt 1.500 €.

Verwendungsnachweis

Als Verwendungsnachweis müssen zusammen mit dem Antrag folgende Unterlagen

beim Umweltschutzamt spätestens 6 Monate nach erfolgter Beratungsleistung eingereicht werden:

- Kopie der **Rechnung über die Installation des PV-Stromspeichers**

Aus dem Nachweis müssen das Einbaudatum, sowie die Art der eingebauten Batterie hervorgehen. Unvollständig eingereichte Anträge werden nicht bearbeitet und zurückgeschickt.

3.4 Photovoltaik Dachvollbelegung

Um möglichst große Photovoltaik-Anlagen zu erreichen (Dachvollbelegung) werden Anlagen gefördert, die die Mindestgröße aus dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWärmeG) überschreiten.

Voraussetzungen

Gefördert werden nur die Anlagenteile, die größer sind, als die Anforderungen des aktuell gültigen EWärmeG. Die Anlagen müssen dabei größer sein als die Mindestanforderung des EWärmeG von 0,02 Kilowattpeak pro Quadratmeter Wohnfläche.

Bei der geförderten Anlage muss es sich um eine Neuanlage handeln, die nach dem 01.09.2019 errichtet wurde.

Verwendungsnachweis

Als Verwendungsnachweis müssen zusammen mit dem Antrag folgende Unterlagen beim Umweltschutzamt spätestens 6 Monate nach Installation der PV-Anlage eingereicht werden:

- Kopie der **Installationsrechnung** der PV-Anlage

Zuschusshöhe

Gefördert werden die Anlage-Leistungen, die die Anforderungen des EWärmeG überschreiten. Förderhöhe 150 €/kWp. Die maximale Förderung beträgt 1.500 €, die Mindestförderung 200 €.

3.5 Innovationsbonus

Photovoltaikanlagen an Fassaden, auf intensiv genutzten Gründächern sowie kombinierte Photovoltaik/Solarthermie Kollektoren erhalten einen Innovationszuschuss.

Voraussetzungen

Bei der geförderten Anlage muss es sich um eine Neuanlage handeln, die nach dem 01.09.2019 errichtet wurde.

Photovoltaik-Anlagen an Fassaden dürfen eine Neigung von 70 Grad in der Regel nicht unterschreiten.

Bei der kombinierten PV/Gründachnutzung muss es sich um eine Kombination einer PV Anlage mit einem mindestens extensiv genutzten Gründach oder vergleichbarem Dach handeln. Die Merkblätter der Stadt Freiburg hierzu sollten eingehalten werden. www.freiburg.de/pv. Die entsprechenden Vorgaben im Bebauungsplan sind ebenfalls einzuhalten.

Die eingesetzten PVT-Kollektoren müssen ein Solar Keymark Zertifikat besitzen oder im Bafa-Programm Erneuerbare Energien/Wärmepumpen als zugelassenes System mit Wärmequelle PVT-Kollektor mit Solar zugelassen sein. www.bafa.de

Bei der geförderten Anlage muss es sich um eine Neuanlage handeln, die nach dem 01.09.2019 errichtet wurde.

Verwendungsnachweis

Als Verwendungsnachweis müssen zusammen mit dem Antrag folgende Unterlagen beim Umweltschutzamt spätestens 6 Monate nach Installation der PV-Anlage eingereicht werden:

- Kopie der **Installationsrechnung** der PV-Anlage
- Nachweis des Gründachs bzw. Fassadenmontage durch Rechnung oder Foto
- für die PVT-Kollektoren: Nachweis des Solar Keymark Zertifikat bzw. der bafa-Zulassung

Zuschusshöhe

Gefördert werden PV-Anlagen mit 150 €/kWp, max. 1.500 €, die Mindestförderung beträgt 200 €.

3.6 Balkonmodule

Mit Balkonmodulen können auch Mieter oder Kleingärtner die dezentrale, erneuerbare Energieproduktion unterstützen, denen kein eigenes Dach zur Nutzung der Sonnenenergie zur Verfügung steht. Auch diese Möglichkeit fördert die Stadt Freiburg mit einem pauschalen Zuschuss.

Voraussetzungen

Gefördert werden steckbare Stromerzeugungsgerät (Balkonmodule), wenn alle anzuwendenden Normen für fest installierte Stromerzeugungsgeräte erfüllt werden. Bei PV-Stromerzeugungsgeräten müssen die Wechselrichter den Anforderungen der einschlägigen VDE-Normen entsprechen. Unter anderem die Geräte, die in der Marktübersicht der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie „grün“ gelistet sind halten diese ein <https://www.pvplug.de/marktuebersicht/>

Für den Anschluss des Balkonmoduls ist ein Wieland-Stecker zu verwenden.

Verwendungsnachweis

Als Verwendungsnachweis müssen zusammen mit dem Antrag folgende Unterlagen beim Umweltschutzamt spätestens 6 Monate nach Installation der PV-Anlage eingereicht

werden:

- Kopie der **Rechnung des Balkonmoduls incl. Nachweis Wieland Stecker auf Rechnung oder Foto**

Zuschusshöhe

Pauschaler Zuschuss zu Anschlusskosten: 200 €/Anlage